

Gedanken zum Föderalismus (Newsletter Editio August 2018)

Liebe Leserin, lieber Leser

Allzu oft bekommen wir in der öffentlichen Debatte zu hören, dass die Europäische Union (EU) zentralistisch wäre und damit das pure Gegenteil der Schweiz. Zuletzt wieder in der Arena aus dem Munde von Philipp Müller, dem früheren Präsidenten der FDP. Oder wie oft wird behauptet, die EU wäre eine Diktatur, die gegen den Willen der Mitgliedsstaaten agiert? Doch wie sieht es wirklich aus? Ein genauer Blick in die Verträge der EU lohnt sich deshalb.

Genau wie in der Schweiz der Bund, kann die EU nur in jenen Politikbereichen gesetzgeberisch tätig werden, die die europäischen Verträge explizit als solche vorsehen. Und dies sind in Tat und Wahrheit weit weniger Bereiche, als in der Schweiz Bundeskompetenz sind. Exklusive EU-Zuständigkeiten sind in erster Linie der Aussenhandel, die Wettbewerbsregeln im Binnenmarkt sowie die gemeinsamen Fischerei- und Agrarpolitik. Hingegen fallen viele wichtige Politikfelder in die ausschliessliche Tätigkeit der Mitgliedsstaaten – ganz im Sinne des Subsidiaritätsprinzips – beispielsweise Bildung, Arbeitsmarkt, Sozialversicherungen, Wirtschaftspolitik, Steuerwesen. Die EU ist also keineswegs ein zentralistisches Gebilde. Sie überlässt ihren Mitgliedsstaaten weit mehr Kompetenzen als die Schweiz ihren Kantonen.

Über die vertraglich reservierten Kompetenz zu verfügen langt aber nicht für einen gut funktionierenden Föderalismus: Die Mitgliedsstaaten müssen diese Zuständigkeit auch angemessen ausfüllen. Zum Beispiel ist es heuchlerisch zu verlangen, die EU müsste mehr gegen die Jugendarbeitslosigkeit unternehmen, wie es viele nationale Politiker immer wieder tun. Ausser ein klein wenig Geld bereitzustellen, kann die EU in beiden Fällen nicht viel leisten, da ihr die Verträge die hierfür nötigen Kompetenzen gar nicht geben.

Wem Föderalismus und Subsidiarität am Herzen liegen, der sollte sich immer bewusst sein, dass diese auch eine Verantwortung mit sich ziehen: Nämlich jene, die eigenen Kompetenzen zu nutzen und nicht die Schuld fürs eigene Versagen an andere abzuschieben. Leider muss die EU allzu oft als Sündenbock für nationale Versäumnisse herhalten und für deren Behebung sie nichts tun kann, weil ihr die vertraglichen Kompetenzen schlicht und einfach fehlen.

In dem Sinne bitte ich Sie, geschätzte Leserinnen und Leser, in Zukunft hellhörig zu sein wenn von der angeblich so zentralistischen oder diktatorischen EU die Rede ist oder die nationalen Politiker sämtliche hausgemachten Probleme bei der EU abladen. Ein grosser Brocken Aufklärungsarbeit bei unserer Mitbürgerinnen und Mitbürgern wartet in diesem Bereich auf uns.

Herzliche Grüsse

Marc Sinner
Vorstandsmitglied der yes